

ROLAND BACH

## »Volksfront« von rechts?

**Schon immer hat die extreme Rechte in der BRD ihre Zerstrittenheit beklagt und ihre mangelhafte Ausstrahlungskraft sowie ihre geringen Wahlerfolge darauf zurückgeführt. Logischerweise landete sie dann bei immer neuen Appellen für Einheit und Geschlossenheit im rechtsextremen Lager. Seit etwa einem Jahr tönt es nun von da mit Parolen für eine »Volksfront von rechts« bzw. für eine »nationale Volksfront«. Was steckt dahinter, was ist davon zu halten?**

### »Volksfront« – ein normalerweise positiv besetzter Begriff

Die Verwendung des »Front«-Begriffes in der politischen Auseinandersetzung war in den Jahren der Weimarer Republik vor allem auf dem Hintergrund der Erlebnisse der »Frontgeneration« des Ersten Weltkrieges zu verstehen. Ernst Busch sang für die proletarischen Massen »Reih dich ein in die Arbeiter-Einheitsfront!«. Kommunisten grüßten sich »Rot Front!« und gründeten den »Rotfrontkämpferbund«. SPD, Gewerkschaften, sozialdemokratische Arbeitersportbünde und Reichsbanner bildeten 1931 zum Schutz der Republik gegen die heraufziehende faschistische Gefahr die »Eiserne Front«.

Auf der Gegenseite wurde zur selben Zeit in Bad Harzburg ein Bündnis der äußersten deutschen Rechten (NSDAP, Deutschnationale Volkspartei, Stahlhelm) zum Sturz der Weimarer Republik geschlossen, die »Harzburger Front« genannt wurde.

Es war schließlich die Erkenntnis, dass es im Kampf gegen den Faschismus, der nicht nur in Deutschland an die Macht gekommen war, einer noch viel breiteren Massenbewegung über die Einheit der Arbeiterorganisationen hinaus, der Einbeziehung der bürgerlichen Linken, der demokratischen Intelligenz und anderer oppo-

sitioneller Kräfte bedurfte, eine Erkenntnis, die nicht zuletzt in den Debatten des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale geboren wurde und ihren Ausdruck im Begriff der »Volksfront« fand. Volksfrontregierungen auf dieser antifaschistischen Grundlage entstanden in Frankreich (1936 bis 1940) und in Spanien. Ansätze zu einer deutschen Volksfrontbewegung entwickelten sich auch unter den deutschen Emigranten, Vorsitzender des Volksfront-Ausschusses, der von Paris aus wirkte, war der Schriftsteller Heinrich Mann.

Wenn Neonazis heute plötzlich mit dem positiv besetzten Begriff »Volksfront« daher schwafeln, kann es sich also nur um eine Perversion, um eine Provokation handeln.

### Die Erfindung der braunen »Volksfront«

Vor allem für die NPD blieb es ein Traumziel, aus ihrer nicht zuletzt beim Verbotverfahren sichtbar gewordenen Isolierung auszubrechen und sich als Führungskraft der rechtsextremen Szene zu etablieren. Nach dem Scheitern des Verbotprozesses sah sie neue Möglichkeiten, ihrem Ziel näher zu kommen und wählte Dresden als Experimentierfeld. Für den Kampf um Mandate im Dresdener Stadtparlament wurde ein »Nationales Bündnis« etabliert, das neben der NPD unzufriedene Funktionäre der Republikaner, einige DVU-Leute, Spitzen der Mini-Partei »Deutsche Partei« und als Hilfsorganisation die »Junge Landsmannschaft Ostpreußen« umfasste. Der Erfolg mit einem solchen Bündnis, bei dem sich die NPD nur scheinbar zurücknahm, ermunterte zu weiteren Schritten.

Neben dem Dresdener Wahlkampf hatte die NPD ihr Werben um Führungspersonen aus der Neonaziszene, aus dem Kreis der »Freien Nationalisten« fortgesetzt. Den entscheidenden Schritt zur NPD tat dann Thomas

Wulff aus Hamburg, der sich »Steiner« nennen lässt – aus Sympathie für den früheren General der Waffen-SS dieses Namens. Er trat gemeinsam mit der NPD-Spitze als Anführer von Kameradschaften und Redner bei der Nazidemonstration am 1. Mai 2004 in Berlin auf, worauf diese sogleich als »Marsch der nationalen Einheit« ausposaunt wurde. Gleichzeitig veröffentlichte er eine Gastkolumne in der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« unter dem Titel »Volksfront von rechts schaffen«. Diese sollte nach seiner Meinung »Kameradengruppen« der »freien Nationalisten« ebenso wie Parteiorganisationen umfassen und angesichts wachsenden Volkszorns die Funktion eines »Sammelbeckens der protestierenden Volksschichten« übernehmen. Ausdrücklich erwähnte er, dass er dazu ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der NPD geführt hatte.

Am 23. Juni 2004 verabschiedeten die Parteivorstände von DVU und NPD eine gemeinsame Erklärung, in der sie mitteilten, sich bei den kommenden Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg nicht durch gleichzeitige Kandidaturen zu behindern. Dieses wahltaktische Vorgehen wurde nicht direkt mit der »Volksfront«-Strategie begründet, lag aber durchaus auf dieser Linie. »Rechte schießen nicht auf Rechte«, schrieb dazu Liane Hesselbarth, die Fraktionsvorsitzende der DVU im Brandenburger Landtag.

Das Parteipräsidium der NPD legte sich auf den »Volksfront«-Kurs erst in einer Erklärung im September fest. Diese wurde »Volksfront statt Gruppenegoismus!« betitelt und war im Grunde ein Hohn auf ihre tatsächliche Politik, was sich in der Behandlung der Republikaner zeigte. Da sich die Republikaner als Partei der NPD partout nicht unterordnen wollten, setzte man auf Spaltung und Zerschlagung. Die Republikaner wurden aus dem Wahlkampf in Sachsen hinausgedrängt, indem die Landesvorsitzende Karin Lorenz die Kandidatur ihrer Partei im Landtagswahlkampf abmeldete, ihre Partei verließ, anschließend zur NPD wechselte und mit einem Posten bei der sächsischen Landtagsfraktion der NPD belohnt wurde. Noch deutlicher konnte der Gruppenegoismus der NPD kaum demonstriert werden. Aber sie tönte, dass sie frühere Fehler überwunden habe, gewillt sei, nun endgültig den Weg zu einer wirklichen Volksbewegung einzuschlagen, bei der die Organisationsform in der Frage nationaler Fundamentalopposition eine untergeordnete Rolle spiele. Im Kern ging es der NPD bei ihrem Appell an alle »volkstreu« Deutschen weiter vor allem um das Bündnis mit den neonazistischen Gruppierungen, mit denen sie publikumswirksam zum Beispiel beim Gedenkmarsch für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß in Wunsiedel und beim Pressefest der »Deutschen Stimme« in Mücka auftrat.

## »Germanische Schicksalsfrage« und Nazi-Volksfront heute

Der Erfolg von NPD und DVU bei den Landtagswahlen am 20. September forderte die NPD-Führung geradezu heraus, den eingeschlagenen Kurs zur Vergrößerung ihres Unterstützerkreises fortzusetzen und weitere lautstarke Töne über eine »nationale Volksbewegung« von sich zu geben. Zunächst konnte sie dabei einen noch engeren Schulterschluss mit der DVU erreichen. Am 22. September 2004 fand ein Sondierungsgespräch zwischen dem DVU-Vorsitzenden Frey und Udo Voigt in Berlin statt. Sie kamen überein, »dass beide Parteien auf Dauer zusammenwirken und darauf hinarbeiten, dass jeweils nur eine nationale Liste zu Landtagswahlen, zur Bundestagswahl und zur Europawahl antritt«. Frey erschien auch als Gast zum NPD-Parteitag in Leinefelde, wo man in einer gemeinsamen Pressekonferenz erklärte, 2006 zur Bundestagswahl solle die NPD den Hut aufhaben, sei aber bereit, Dr. Frey und andere Führungskräfte der DVU auf ihren Listen kandidieren zu lassen. Diese Wahlabsprachen wurden dann im Januar 2005 zu einem »Deutschland-Pakt« hochstilisiert. Er umfasst Absprachen über Wahlen bis 2009.

Wichtiger aber erschien der NPD-Führung wohl, mit der Aufnahme führender Neonazis weitere Signale an die Skinhead- und Neonaziszene auszusenden. Mit Thomas »Steiner« Wulff, Ralph Tegethoff (Rhein-Sieg-Kreis) und Thorsten Heise (Northeim) kandidierten gleich drei der einflussreichsten Neonaziführer für den Parteivorstand, letzterer wurde auch dahinein gewählt. Schließlich wurde ein Zeichen mit der Aufnahme des ehemaligen Sängers der wegen Volksverhetzung verurteilten Naziband »Landser«, Michael Regener (Spitzname »Lunikoff«) in die NPD gesetzt.

Es folgten Ende 2004 eine Reihe von Veranstaltungen, in denen die Parole von der »Nationalen Volksfront« resp. »Volksfront von Rechts« in breiterem Umfeld propagiert wurde. Die hervorstechendste fand in Sondershausen mit rund 200 Teilnehmern statt, organisiert von »freien Nationalisten« aus Thüringen, die dazu bundesweit eingeladen hatten. Anwesend waren dann Vertreter aus dem Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland, dem Freien Infotelefon Norddeutschland, alle Thüringer Neonazigruppen (vom Thüringer Heimatschutz, dem Mädelring Thüringen, dem Aktionsbündnis Westthüringen, der Zeitung »Ilmkreis National«, dem »Mitteldeutschen Sprachrohr« bis hin zur Hausgemeinschaft »Jenaische Straße« und anderen Kameradschaften), dazu Vertreter von NPD, DVU und Deutscher Partei. Theatralisch gab es eine Einstimmung mit Musik aus Richard Wagners »Tannhäuser« und Gedichten. Eine besondere Rolle spielte der in vielen Zusammenhängen agierende Nazi Peter Naumann mit

seinem Infostand und seinem Referat. Mit dem Thema »Die Schicksalsfrage der Germanen und unser Freiheitskampf heute« versuchte er aus geschichtlichen Parallelen die Notwendigkeit einer geschlossenen Volksfront zu begründen. Germanen gegen Germanen, also Deutsche gegen Deutsche zu hetzen, sei altbewährte Strategie des Feindes gewesen. Immer wieder sei es gelungen, für Hetze und Verwirrung unter den Deutschen zu sorgen, so wie man es durch »gesteuerte Elemente« auch im nationalen Widerstand erlebe. Es schlossen sich Referate von Heise, Apfel, Wulff (der dabei als »Urheber« der neuen Strategie vorgestellt wurde) und Patrick Wieschke aus Thüringen an, wobei vor allem auch Kritik an jenen geübt wurde, die bei sich eine »Anti-Partei-Haltung« aufgebaut hätten.

Zu einer Werbung für die NPD, unter deren Dach sich nunmehr alle Patrioten vereinigen müssten, wurde eine ähnliche Veranstaltung in Eschenlohe bei Murnau. Auch hier trat Holger Apfel vor die Mikrofone und erhielt Unterstützung von Franz Schönhuber, dem früheren Chef der Republikaner und von Alfred Mechttersheimer, der mit seiner »Deutschland-Bewegung« ebenfalls jahrelang versucht hatte, nationalistische Kreise zusammenzuführen. Schönhuber, der davor warnte, bei einer Öffnung der NPD zur Mitte der Gesellschaft hin die fundamentale Opposition aufzugeben, kam ebenfalls unter Bezug auf einen Nazidichter auf die Wegbeschreibung »von Germanien über Deutschland nach Europa« zu sprechen und feierte seine Prägung durch die Waffen-SS.

## Was bleibt von den Republikanern?

Offensichtlich ist die angestrebte »Volksfront« von rechts noch nicht einmal so breit, dass in sie die Republikaner als Partei hineinpassen. Sie bleibt ausschließlich NPD-dominiert. Der REP-Parteitag im November 2004 lehnte mehrheitlich eine Beteiligung an einer von DVU und NPD propagierten »rechten Volksfront« ab. Einzelne Funktionäre waren bereits im Zusammenhang mit den Dresdener Vorfällen ausgeschlossen worden. Dennoch bleibt der Kurs des Parteivorsitzenden Schließer, der für eine Abgrenzung von »NPD und Neonazis« eingetreten war und immer wieder die Berührung zur CDU sucht, nicht unumstritten. Der Versuch eines Bündnisses mit DVU und Deutscher Partei ohne die NPD scheiterte. Im Vorfeld der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein zerfiel der dortige Landesverband, nur die NPD trat mit Kandidaten an. Der Hamburger Landesverband der Republikaner erklärte seine Auflösung und sein teilweises Aufgehen in der NPD. Über

ehundert Funktionäre aus der Hansestadt, aus Sachsen und weiteren Bundesländern riefen mit einem »Hamburger Signal« dazu auf, die NPD zu wählen.

Die Auflösungserscheinungen bei den Republikanern führen zur Radikalisierung bei einem größeren Teil der Mitglieder. Diese sehen zukünftige Erfolge nur, wenn sie sich einer »Volksfront« von NPD, DVU und Neonazis anschließen. Das erhöht die Chancen der NPD für eine feindliche Übernahme. »Dunkelbraun frisst braun«, titelte bereits eine deutsche Tageszeitung. Und für lokale Pakte nach dem Beispiel »Nationales Bündnis Dresden« rüsten sich schon Republikaner von München über Heilbronn bis Hannover.

## Kritiker und Skeptiker in den eigenen Reihen

Das Getön um die »Volksfront von rechts« ist auch innerhalb der extremen Rechten nicht unumstritten. Neben der Ablehnung durch die Führung der Republikaner bleiben nach wie vor auch Teile der Kameradschaftsszene skeptisch gegenüber einer Unterordnung unter die von der NPD angeführte »Gesamtbewegung«. Probleme gibt es vor allem mit Christian Worch, dem eifrigsten Anmelder und Organisator von rechtsextremen Demonstrationen, der sich selber als den größten Naziführer in der BRD seit dem Tode Michael Kühnens sieht und die »Volksfront« für »nebulös« erklärt und der NPD-Führung Bedingungen wie die Aufhebung früherer Abgrenzungsbeschlüsse stellt. Vielleicht, ließ er generös verlauten, werde er einmal einen NPD-Redner zu seiner Kundgebung am 1. Mai in Leipzig einladen. Aber auch zwischen DVU und NPD bleibt ein Konfliktpotential. Selbst auf dem NPD-Parteitag in Leinefelde, wo Udo Voigt demonstrativ »die Integration nationaler Sozialisten«, also der neu eingetretenen Neonaziführer beschwor, grenzte sich Gastredner Frey mit der Erklärung ab, einen größtmöglichen »Abstand zu Nazis und Neonazis«, mit denen die DVU nichts am Hut habe, halten zu wollen. Michael Claus, Vizefraktionsvorsitzender der DVU im Potsdamer Landtag, ließ verlauten, die Zusammenarbeit mit der NPD würde der Partei schaden. Es ist in der DVU nicht unbekannt, wie oft schon in der Vergangenheit »Zusammenarbeit« oder »Pakt« mit der NPD rasch wieder zum Bruch führte (Frey sprach einmal sogar von »Todfeindschaft« gegenüber der NPD. Und manche in der DVU befürchten nicht zu Unrecht, dass in einer braunen Front unter NPD-Führung auch die organisatorisch schlecht aufgestellten DVU-Mitglieder radikalisiert werden könnten und die Partei in der Perspektive völlig vereinnahmt würde.

## Fazit

1. Die »Volksfront von rechts« ist eine Provokation gegen die Arbeiterbewegung und die antifaschistische Einheit. Sie reiht sich ein in die gegenwärtig vielfach zu beobachtende Übernahme von Symbolen und Losungen der Linken durch die Neonazis (vom Tragen roter Fahnen über T-Shirts mit Che Guevara-Bildern, Palästinenser-Tüchern usw.).
2. Die Parolen von einer rechten Volksfront sind eine Mogelpackung, unabhängig davon, ob diese von den Neonazis als »nationale«, »deutsche« oder »rechte« Front titulierte wird. Sie bleibt gegen das Volk mit seinen demokratischen, sozialen und kulturellen Bewegungen gerichtet. Es handelt sich vor allem um das Bestreben, der Neonazibewegung eine breitere Basis und Durchschlagskraft für die kommenden politischen Auseinandersetzungen im Lande durch Zusammenfügung bereits vorhandener oder sympathisierender Kräfte aus rechtsextremen Parteien, neonazistischen Kameradschaften und anderen Gruppierungen zu verschaffen. Und natürlich sollen damit auch die rechtslastigen Kräfte in anderen Organisationen, in der Publizistik und in der Kultur beeinflusst werden, auch der rechte Rand der CDU ist im Visier.
3. Anspruch und Wirklichkeit der erhofften »Volksfront« klaffen weit auseinander, Parolen und dazu verfasste Reden und Pamphlete sind nicht deckungsgleich. Trotz der krisenhaften innenpolitischen Situation gelingt es so nicht, die Wahlerfolge in Sachsen und Brandenburg zu einer Bewegung auszubauen. Die 1,9 Prozent Stimmen für die NPD und ihre »Volksfront«-Unterstützer bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein setzten den Neonazis einen Dämpfer auf.
4. Die demokratischen Kräfte im Lande dürfen selbstverständlich keine der neuen Manöver der extremen Rechten ignorieren, gleichgültig ob die braune Front mit Phrasen und hohlen Versprechungen, ob mit Aufrufen, Plakaten oder Kundgebungen und Demonstrationen daher kommt. Sie sind aufmerksam zu verfolgen, zu entlarven und wirksam zu bekämpfen. Auf die Verfassungsschützer, die von einer »neuen Dimension« der neonazistischen Gefahr sprechen, können sie sich dabei kaum verlassen. Gefragt sind breite demokratische und antifaschistische Bündnisse und Netzwerke in der Auseinandersetzung mit dieser Gefahr, Regierungshandeln und Zivilcourage, sicher auch künstlerische Kreativität und Humor.

## Lieferbare Publikationen der RLS zum Thema Antifaschismus

Klaus Kinner/ Rolf Richter (Hrsg.)  
Rechtsextremismus und Antifaschismus  
Historische und aktuelle Dimensionen  
Schriften 5 der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
ISBN 3-320-02015-3, 295 S., 14,90 €

Ulla Plener (Hrsg.)  
Max Hoelz: »Ich grüße und küsse Dich –  
Rot Front!«  
Tagebücher und Briefe, Moskau 1929 bis 1933  
Texte 20 der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
ISBN: 3-320-02053-6, 483 S., 29,90 €

Leo und Leopoldine Kuntz,  
Götz und Hannelore Dieckmann (Hrsg.)  
Albert Kuntz: »Liebste Ellen ...«  
Briefe aus der Nazi-Haft 1933 bis 1944  
Texte 21 der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
ISBN: 3-320-02063-3, 310 S., 14,90 €

Gottfried Hamacher  
Gegen Hitler.  
Deutsche in der Résistance, in den Streitkräften  
der Antihitlerkoalition und der Bewegung  
»Freies Deutschland«. Kurzbiographien  
Manuskripte 53 der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
ISBN: 3-320-02941-X, 229 S., 9,90 €